

RUDOLF HENSCHEL

Die Teuerung in der Bundesrepublik

Allgemeine Preissteigerungen sind mehr als ein Schönheitsfehler der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine stetige Teuerung benachteiligt die Vermögensbildung der Arbeitnehmer, bedingt einen zusätzlichen Vermögensgewinn der Unternehmer und eine überproportionale Einkommenssteigerung des Staates. Der zusätzliche Vermögensgewinn der Unternehmer ergibt sich aus der Tatsache, daß das von ihnen investierte Sachvermögen durch keine Preissteigerung entwertet wird, während sich die nominellen Erträge erhöhen und evtl. aufgenommene Schulden in ihrem realen Wert verringern. Die überproportionale Steigerung des Staatseinkommens ist außerdem eine Begleiterscheinung der progressiven Einkommenssteuer, da eine allgemeine Einkommenssteigerung eine ständige Erhöhung des Steueranteils bewirkt. Benachteiligt ist dagegen der Konsument und Kleinsparer. Er muß die täglich steigenden Preise bezahlen und kann sein Einkommen nur periodisch an das gestiegene Preisniveau angleichen, während er gleichzeitig die stetige Entwertung seiner Spargelder erlebt. Allgemeine Preissteigerungen ver-

schärfen die Ungleichheit der Einkommensentwicklung und der Vermögensbildung zuungunsten des Arbeitnehmers. Dennoch wirft man gerade ihm als Lohn- und Gehaltsempfänger vor, daß seine Einkommensforderungen die Ursache dieser Preismisere wären.

Sehen wir uns die Vermögensbildung der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren an, so können wir feststellen, daß in dieser Zeit (1950 bis 1960) ein Nettovermögen von rd. 350 Md. DM neu gebildet wurde. Dieser Vermögenszuwachs entstammt zu 85 vH den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen und den Einkommen des Staates aus Steuern und Sozialleistungen. Höchstens 15 vH dieser Vermögensbildung entstammt der Sparung aus Lohn- und Gehaltseinkommen. Die Vermögensbildung der Arbeitnehmer entsprach einer durchschnittlichen Sparung aller Lohn- und Gehaltsempfänger (einschl. der leitenden Angestellten) von etwa 278 DM je Kopf und Jahr. Demgegenüber war die Vermögensbildung der Unternehmer und Selbständigen einschließlich der mithelfenden Familienmitglieder rd. zehnmal größer. Auch ohne Berücksichtigung der direkten und indirekten Vermögensübertragungen vom Staat auf die Privatwirtschaft betrug der jährliche Vermögenszuwachs aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Kopf dieser Bevölkerungsgruppe rd. 2500 DM. Selbst wenn diese Durchschnittsrechnung — andere Berechnungen sind infolge des Fehlens entsprechender Statistiken z.Z. nicht möglich — die Feinheiten der Vermögensschichtung nicht wiedergibt, so zeigt dieser Vergleich doch die gruppenbedingten Gegensätze in aller Deutlichkeit auf.

Ein zweites Phänomen dieser Zeit ist die Einkommensentwicklung. Selbstverständlich stieg die Summe aller Einkommen ebenso stark wie die Produktion unserer Volkswirtschaft einschließlich der zwischenzeitlichen Preiserhöhungen. Die Einkommenssteigerung war daher im Durchschnitt aller Einkommen um 37 vH größer als die Zunahme des Sozialprodukts. Demgemäß stieg das Gesamteinkommen der Bundesrepublik (Einkommen aus Lohn und Gehalt, aus Unternehmertätigkeit und Vermögen einschließlich der rechnerischen Bewertung der Verwaltungstätigkeiten des Staates usw.) von 1950 bis 1960 um 190 vH. Da in der gleichen Zeit die Bevölkerung der Bundesrepublik von 46,9 Mill. auf 52,3 Mill. Einwohner zunahm, ergibt sich eine Einkommenssteigerung je Kopf der Bevölkerung um 160 vH.

Infolge der Bevölkerungs- und Beschäftigungszunahme ist es irreführend, nur die Entwicklung der globalen Einkommen zu vergleichen. Bei derartigen Vergleichen muß die Veränderung der Kopfzahl der jeweiligen Einkommensbezieher mit berücksichtigt werden. Sinngemäß kann das Staatseinkommen nur auf die Kopfzahl der Gesamtbevölkerung bezogen werden. So berechnet, erhöhte sich das Einkommen des Staates einschließlich der Sozialversicherung nach Abzug aller sozialen Leistungen um 212 vH. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erhöhten sich nach Abzug der Staatseinkommen je Kopf aller Selbständigen und Mithelfenden um 195 vH.

Dagegen stiegen die Löhne und Gehälter je Kopf aller Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum nur um 113 vH. Diese, auf Angaben des Statistischen Bundesamtes (*Stat. Jahrbuch* 1961 und *Wirtschaft und Statistik*, Heft 1/61) sowie Schätzungen des DIW (*Vierteljahresberichte zur Wirtschaftsforschung*) beruhenden Berechnungen zeigen, daß die Einkommenserhöhungen in dieser Phase allgemeiner Preissteigerungen große Unterschiede aufweisen. Die Lohn- und Gehaltssteigerung je Kopf der Arbeitnehmer entsprach ziemlich genau der realen Produktionssteigerung je Kopf der Bevölkerung. Dagegen war die Zunahme der Staatseinkommen je Kopf der Bevölkerung fast doppelt so groß, während die Zunahme der Unternehmereinkommen, grob gesehen, um 75 vH größer war.

Selbstverständlich ist diese unterschiedliche Einkommensentwicklung ein unstreitbarer Beweis dafür, daß die Lohnerhöhungen nicht die Ursache der Preissteigerungen gewe-

sen sein können. Weil aber viele Unternehmer eine noch größere Gewinnsteigerung fordern, gibt man sich in den Propagandaabteilungen der Arbeitgebervereinigungen große Mühe, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen als Ursache der Teuerung zu verächtigen. Da niemand ernsthaft behaupten kann, daß eine Lohn- und Gehaltssteigerung um 113 vH eine Gewinnsteigerung um 195 vH oder eine Einkommenssteigerung des Staates um 212 vH verschulden kann, werden diese Unterschiede in der Entwicklung der Löhne, Gewinne und Staatseinkommen einfach verschwiegen. Denn wenn die ausschließlich den Unternehmern und der Bundesregierung zugute gekommenen Preissteigerungen wirklich eine Folge der Lohnerhöhungen gewesen wären, so müßte man annehmen, daß die Unternehmer selbst im Interesse ihrer Gewinnsteigerung die Lohnforderungen forciert hätten. In dieser Konsequenz wird der Widersinn der unternehmerischen Behauptungen offensichtlich.

Wir wissen, daß die Lohn- und Gehaltssteigerungen in der Bundesrepublik auch eine Folge, nicht aber die Ursache der allgemeinen Einkommens- und Preiserhöhungen waren. Die Tatsache, daß die allgemeine Einkommenssteigerung über den realen Produktionszuwachs hinausgeht, muß deshalb andere Gründe gehabt haben. Da diese Gründe auch weiterhin gelten und die Gefahr weiterer Preissteigerungen besteht, ist es notwendig, diese Gründe herauszufinden. Untersucht man zu diesem Zweck die bisherige Wirtschafts-, Einkommens- und Preisentwicklung der Bundesrepublik, so stellt man drei Ursachen für den Preisauftrieb fest:

1. Die erlaubte Preisbindung der zweiten Hand und die praktizierten Preisabreden;
2. den Exportüberschuß bzw. die Importbeschränkungen in Verbindung mit stattlichen Agrarpreiserhöhungen;
3. die Übernachfrage der Unternehmer und des Staates nach Investitionsgütern aller Art.

Es ist leicht zu erkennen, daß diese preissteigernden Faktoren eine in sich unlösbare Einheit darstellen. Diese Faktoren bedingen sich aber nicht nur gegenseitig, sondern waren zugleich Ursache und Folge der bisherigen Einkommens- und Vermögensbildung.

Die Preisbindung der zweiten Hand ermöglicht eine Hochhaltung der Preise bei sinkenden Kosten. Anwendung findet diese Preisbindung dort, wo der technische Fortschritt größer ist als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft und daher die Lohn- und Gehaltssteigerung langfristig hinter der Zunahme der Arbeitsproduktivität zurückbleibt oder eine langfristige Senkung der Energie- und Rohstoffkosten zu erwarten ist. Dies gilt für etwa 50 vH aller Konsumgüter. Grundsätzlich gilt dies für alle Markenartikel, bei denen die Preise unter normalen Wettbewerbsbedingungen sinken müßten. Dieser private Preisrigismus kann derartige Preissenkungen aber nur dann verhindern, wenn die der Preisbindung entstammenden Übergewinne nicht in vollem Umfang im gleichen Produktionsbereich neu investiert werden. Infolgedessen wird der Großteil dieser Gewinne dort investiert, wo der erhöhte Absatz nicht durch die einheimische Einkommensentwicklung begrenzt wird. (Auf diese Weise schuf sich Oetker aus den Gewinnen seiner preisgebundenen Backpulver eine bedeutende Handelsflotte.) Allgemein wurden mit derartigen Gewinnen die überdimensionalen Investitionen der deutschen Exportwirtschaft finanziert. Diese Investitionen bewirkten eine entsprechende Ausdehnung der Exportproduktion.

In der Zeit, in der sich die gesamte Wirtschaftsproduktion der Bundesrepublik (Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen 1950 bis 1960), in jeweiligen Preisen gerechnet, um 185 vH erhöhte, steigerte sich unser Export um 496 vH. Dagegen erfuhr die Erzeugung von Gütern und Leistungen für den einheimischen privaten Verbrauch nur eine Steigerung von 141 vH. Diese Ausdehnung des Exports erfolgte, obwohl die Gewinnspannen im Exportgeschäft vielfach niedriger waren als im Inland. Die Ausdeh-

nung unseres Exports war aber eine Voraussetzung, um die hohen inländischen Gewinnspannen zu halten. Ohne Exportausweitung wären bei gleicher Investitionstätigkeit und gleicher Produktionssteigerung auch die durch Preisbindung hochgehaltenen inländischen Gewinnspannen zusammengeschrumpft.

Der Ausgleich von Nachfrage und Angebot erfordert allerdings eine 'der Exportsteigerung entsprechende Zunahme der Einfuhr. Eine der Exportsteigerung entsprechende Erhöhung unserer Nahrungsmiteleinfuhr hätte aber den Absatzmarkt und die Ertragslage der deutschen Landwirtschaft eingeengt. Gleichzeitig hätten sich auch die Einzelhandelspreisen nicht in dem bisherigen Umfang ausdehnen können. In diesem Fall wären Landwirtschaft und Mittelstand noch stärker benachteiligt worden. Die politische Einheit des deutschen Unternehmertums wäre unter diesen Umständen gesprengt worden. Aus diesem Grunde half die Bundesregierung der Landwirtschaft und dem Mittelstand, ihre Ertragslage zu verbessern, indem die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte kontingentierte, durch vertragliche Abmachungen beschränkt und durch Zoll und sonstige Aufschläge verteuert wurde. Daher blieb die Einfuhrsteigerung um etwa ein Fünftel hinter der Exportsteigerung zurück. Auf diese Weise wurde das inländische Warenangebot künstlich verknappt. Unser zehnjähriger Exportüberschuß ist der sichtbarste Ausdruck dieser Gewinnstützung. Praktisch bedeutete dies, daß im Durchschnitt der letzten zehn Jahre einer inländischen Einkommenssumme von jeweils 100 DM nur ein Warenangebot von jeweils 96,50 DM gegenüberstand. Eine ausgleichende Preissteigerung um durchschnittlich 3,5 vH war die zwangsläufige Folge.

Preisbindung und Angebotsverknappung ermöglichten zusammen jene Gewinnüberhöhung, die in Verbindung mit der allgemeinen Einkommenssteigerung auch eine überproportionale Zunahme der Staatseinkommen bedingte. Gleichzeitig reizte die stetige Preiserhöhung und die damit verbundene Begünstigung der privatwirtschaftlichen Vermögensbildung zu neuen Investitionen. Die sich kumulativ steigernde Investitionsnachfrage führte auch auf diesem Sektor Preissteigerungen herbei. Diese Preissteigerungen lösten zusätzlich neue Investitionswünsche aus, die wiederum neue Preissteigerungen bedingten und dafür sorgten, daß die Preis-Gewinn-Preis-Spirale nicht zum Stillstand kam.

Alle übrigen Erscheinungen waren sekundärer Natur. Natürlich bedeutete die Vertauung der Investitionsgüter eine zusätzliche Kostensteigerung bei Neuinvestitionen. Die durch Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln ausgelösten zusätzlichen Lohnsteigerungen bedeuteten zusätzliche Kostenerhöhungen in allen lohnintensiven Bereichen mit niedrigen Produktivitätsfortschritten. Dies erklärt die Preissteigerung vieler Dienstleistungssektoren, womit das Gesamtbild unserer allgemeinen Teuerung abgerundet ist. Selbstverständlich war eine stetige Erhöhung der umlaufenden Geldmengen durch die Notenbank eine Voraussetzung dieser Entwicklung. Aber auch der steigende Geldumlauf war durch die Zielsetzung einer trotz Preisbindung relativ einheitlichen Gewinnentwicklung bei hohen Exportüberschüssen vorbestimmt. Der Ausgangspunkt der allmählichen Inflationierung unserer Währung liegt ausschließlich in der Dreierheit von Preisbindung, Exportüberschüssen und Investitionsüberhitzung.

Ein Kurieren an den Symptomen kann deshalb keine Hilfe bringen. Aus diesem Grunde kann auch ein weiteres Zurückbleiben der Löhne hinter den privatwirtschaftlichen und staatlichen Einkommen nur die innere Stabilität unserer Wirtschaft weiter gefährden; denn die bisherige Entwicklung führte nicht nur zu einer ständigen Benachteiligung der Arbeitnehmer, sondern bedingte auch eine zunehmende Instabilität unserer wirtschaftlichen Situation. Nur durch eine Reduzierung der gegenwärtigen Gewinnspannen kann diese Gefahr beseitigt werden.

Unter diesen Voraussetzungen kann auch die Lohnpolitik der Gewerkschaften keine grundsätzliche Änderung herbeiführen. Sie kann und muß nur die stetige Benachteiligung der Arbeitnehmer durch neue Lohnforderungen ausgleichen. Damit kann erreicht

DIE TEUERUNG IN DER BUNDESREPUBLIK

werden, daß das Nachfragegleichgewicht im Interesse der Vollbeschäftigung erhalten bleibt. Die Beseitigung der ursächlichen Spannung und der Ungleichheit der Vermögensbildung kann aber nur durch eine Korrektur der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf Preisbildung, Ein- und Ausfuhrpolitik und Investitionsfinanzierung erreicht werden. Die durch die bestehenden Verhältnisse begünstigten Unternehmen werden sich allerdings gegen eine derartige Korrektur wenden. Sie werden die bisherigen Vorteile mit allen Mitteln der Meinungsbeeinflussung verteidigen, so daß es fraglich ist, ob sich eine demokratische Mehrheit für eine derartige Neuordnung finden wird. Da der moderne Staat zwischen den verschiedenen Interessengruppen lavierend dazu neigt, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, ohne das Risiko einer Wirtschaftskrise auf sich zu nehmen, ist stetige Teuerung zwar keine ökonomische Zwangsläufigkeit der Vollbeschäftigung, aber eine unschöne politisch bedingte Begleiterscheinung der modernen Demokratie, in der die Eigentumskonzentration nicht in gleicher Weise wie in diktatorischen Systemen durch die nackte Gewalt herbeigeführt werden kann. Es wird daher künftig darauf ankommen, in welchem Ausmaß das Volk diese Teuerung hinnimmt und inwieweit es die wahren Ursachen zu erkennen vermag.